

Stellungnahme

Eingebracht von: Reisenauer, Robin

Eingebracht am: 18.09.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erhebe in aller Deutlichkeit Einspruch gegen die geplante Änderung des Epidemieschutzgesetzes. Die Ermächtigung einzelner politischer Akteure, auf die sich das Gesetz stützt, steht in einem erheblichen Widerspruch zu meiner Vorstellung einer freien Gesellschaft in einem demokratisch-republikanischen Staat.

Davon abgesehen, dass ich mir kaum vorstellen kann, dass solch umfangreiche Beschniedungen bürgerlicher Freiheitsrechte, wie sie die geplante Gesetzesänderung vorsieht, verfassungskonform sind, beunruhigt mich, dass eine Bundesregierung in Österreich, einem Land, das in besonderem Maße in Hinblick auf demokratische Werte sensibilisiert sein müsste, solche Einschnitte überhaupt in Erwägung ziehen konnte. Zu lange hat man sich im globalen Westen in Sicherheit gewöhnt, nun bekommen wir zu spüren, wie schnell Unterdrückung und Verfolgung auch in einem im Selbstverständnis demokratischen Rechtsstaat Fuß fassen können.

Keine Katastrophe, sei sie auch noch so bedrohlich, darf uns in die Lage bringen, den Grundstein des friedlichen Zusammenlebens, unsere Menschenrechte, zu verleugnen. Wenn wir so weit verkommen, ist auch jeglicher Zusammenhalt in der Gesellschaft verloren. Denn eines muss klar sein: Zusammenhalt bedeutet keineswegs Unterwerfung. Ein Staat dient der Gesellschaft als Instrument zur Bewältigung aufkommender Herausforderungen. Eine Regierung ist den Regierten Rechenschaft schuldig, nicht umgekehrt.

Ich appelliere an Ihre Vernunft und Zivilcourage. Retten Sie den Rechtsstaat! Kippen Sie dieses schändliche Ermächtigungsgesetz!

In hoffnungsvoller Erwartung,

Robin Reisenauer